

Suchthilfe dezentralisiert denken

Die unterfertigten Bezirksrätinnen von KPÖ-LINKS Mariahilf, Grünen Alternative Mariahilf, Die Wiener Volkspartei Mariahilf sowie NEOS - Das Neue Österreich sowie Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 19 GO-BV folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich dafür aus, Schritte zu begrüßen, die zu einer dezentralen Verteilung von Suchthilfeangeboten in Wien beitragen. Eine solche räumliche Aufteilung kann dazu beitragen, die Qualität der Versorgung zu stärken und die Belastung einzelner Grätzl und Bezirke zu reduzieren.

Begründung

Die Bezirksvertretung Mariahilf nimmt die anhaltenden Anliegen aus dem Grätzl rund um das Suchthilfezentrum Jedmayer wahr. In den vergangenen Monaten berichten Anrainer:innen wiederholt von offenem Drogenkonsum, sichtbaren Utensilien im öffentlichen Raum sowie einer spürbaren Intensität sozialer Problemlagen in unmittelbarer Nähe zu Wohnbereichen und Parkanlagen.

Diese Situation beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum erheblich und führt zu spürbaren Belastungen im Grätzl, darunter angespannte Alltagssituationen und gelegentlich auch aggressives Verhalten einzelner Personen.

Zugleich ist klar: Suchthilfe ist eine unverzichtbare soziale Infrastruktur. Sie schützt Gesundheit und Leben, stabilisiert Menschen in schwierigen Situationen und trägt dazu bei, Risiken und Leid für Betroffene wie auch für die Gesellschaft zu verringern. Wir stehen daher auch weiterhin für den Erhalt des Jedmayers.

Eine Dezentralisierung der Suchthilfe kann das Jedmayer-Grätzl aber deutlich entlasten und zugleich die Erreichbarkeit der Angebote für Menschen in anderen Teilen Wiens verbessern.